

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

17.08.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 5-10

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 21.05.2015

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11.09.2014, am 20.11.2014 und am 19.02.2015 - öffentlicher Teil -**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 19.02.2015**
0145/2015

- 4** **Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0128/2015
- 6** **Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten**
0160/2015
- 7** **Aktuelle Situation der Flüchtlinge - mündlicher Bericht**
- 8** **Änderung der Geschäftsordnung 1. Lesung**
0129/2015
- 9** **Anträge auf finanzielle Unterstützung**
0130/2015
- 10** **Arbeitskreise/Arbeitsgruppen im Integrationsrat - mündlicher Bericht der jeweils Verantwortlichen**
- 11** **Verschiedenes**
hier: Stadt- und Kulturfest 2015
0134/2015
- 12** **Anträge**
- 12.1** **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.12.2014 zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber**
0133/2015
- 13** **Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der 1. stellvertretende Vorsitzende Herr Bartoszewicz eröffnet die fünfte Sitzung des Integrationsrates und gibt die nicht anwesenden Integrationsratsmitglieder bekannt (*s. Teilnehmerverzeichnis: Anlage 1*). Herr Bartoszewicz stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Herr Bartoszewicz begrüßt besonders den Vorsitzenden des Landesintegrationsrates, Herrn Keltek, der zu **TOP Ö 6: Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten** vorträgt.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11.09.2014, am 20.11.2014 und am 19.02.2015 - öffentlicher Teil -

Die Niederschriften über die Sitzungen des Integrationsrates am 11.09.2014 und am 20.11.2014 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

In der Niederschrift über die Sitzung am 19.02.2015 vermisst Herr Basyigit seinen Bericht über den von ihm geleiteten Arbeitskreis. (*Die aktuellen Berichte sind als Anlage 2 beigelegt.*)

Herr Cromme erklärt, unter TOP Ö 8 derselben Sitzung habe er erklärt, „ . . . , dass die Finanzierung dieser Ausflüge (*von MiKibU*) zukünftig **vor allem** durch andere Sponsoren als den Integrationsrat erfolgt.“ (S. 5)

Mit diesen Anmerkungen wird die Niederschrift über die Sitzung am 19.02.2015 genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 19.02.2015 0145/2015

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Bartoszewicz trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0128/2015

Herr Buhleier verweist auf die Vorlage.

6. Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten 0160/2015

Der Vorsitzende des Landesintegrationsrates Herr Keltok trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (*Anlage 3*) und beantwortet die Fragen der Mitglieder. Auf den Tischen liegt ein Faltblatt des Landesintegrationsrates (*Anlage 4*) aus.

Der Integrationsrat bedankt sich durch Beifall für den Vortrag. Die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer wird von der Mehrheit des Integrationsrates unterstützt.

Herr Schütz verweist darauf, dass das Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer in allen Mitglieds-ländern der EU geregelt sei. Unter Verweis auf ein einschlägiges Urteil des Bundesverfassungsge-richtes erklärt er, das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer sei verfassungswidrig.

Herr Kunze erklärt, seine Frau fühle sich als Migrantin ohne Wahlrecht nicht benachteiligt.

Die Unterlagen aus der letzten Sitzung (*Musterantrag des Landesintegrationsrates sowie Muster-brief für den Integrationsrat, Anlage 5*) werden den Mitgliedern des Integrationsrates zur Verfü-gung gestellt. Auf Wunsch des Integrationsrates wird die Sitzung von 17.56 Uhr bis 18.03 Uhr unterbrochen.

Sodann fasst der Integrationsrat folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen zwei Stimmen)

1. Der Integrationsrat bittet den Rat, folgendes zu beschließen:
Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bittet die Verfassungskommission des Landtages, bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migranten und Migrantinnen“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW leben-den Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen.
Der Integrationsrat bittet den Bürgermeister und die Mitglieder des Rates der Stadt, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z. B. kommunale Spitzenver-bände) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.
2. Der als *Anlage 5* beigefügte Musterbrief wird nach Unterschriftsleistung durch den Vorsitzenden des Integrationsrates an den Vorsitzenden der Verfassungs-kommission des Landtages NRW geschickt.

7. Aktuelle Situation der Flüchtlinge - mündlicher Bericht

Zunächst teilt Frau Schlich mit, dass derzeit in Bergisch Gladbach 611 Flüchtlinge untergebracht sind. Sodann verweist Frau Schlich darauf, dass die Tendenz nicht mehr so stark steigend wie in den letzten Monaten ist. Die Maßnahmen des Bundes bzgl. der Einreise aus dem Kosovo greifen. Nach dem Verteilungsschlüssel („Königsteiner Schlüssel“) liegt Bergisch Gladbach mit einer Belegung von 104 % über Soll. Bis Ende 2015 rechne sie voraussichtlich mit bis zu 1.000 Flüchtlingen in Bergisch Gladbach. Das Personal der Verwaltung wird derzeit verstärkt (Sozialarbeiter, Haus-meister, Verwaltung). Es wurde ein Wachdienst beauftragt, der nachts und am Wochenende am Lübke-Haus arbeitet. Dies sei schon wegen eventueller Feuersalarme notwendig.

Zu Nachfragen erklärt sie, dass Migrantenkinder bei ungeklärtem Status der Eltern keine Ausbildung machen dürfen. Zur Dauer des Asylverfahrens und Anerkennung von Flüchtlingen verweist Frau Schlich auf ein Schreiben an Frau Heidberg-Schwettmann zu ihrer Anfrage aus der letzten Sitzung des Integrationsrates (*Anlage 6*).

Sie schlägt vor, zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter des Ausländeramtes des Rheinisch-Bergischen Kreises einzuladen.

8. Änderung der Geschäftsordnung 1. Lesung
0129/2015

Herr Buhleier erläutert die Vorlage.

Der Integrationsrat erzielt darüber Einvernehmen, eine vertiefte Diskussion während der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu führen.

9. Anträge auf finanzielle Unterstützung
0130/2015

Herr Buhleier erläutert die Vorlage und informiert darüber, dass für das Apfelblütenfest anstatt 300 € 275 € und dank einer Spende des Kinderschutzbundes in Höhe von 400 € an Herrn Farber der Zuschussbedarf für den Ausflug zum Drachenfels 950 € beträgt.

Herr Bartoszewicz schlägt vor, die Unterstützung des Apfelblütenfestes für jedes Jahr in Höhe von maximal bis zu 300 € festzulegen. Dies sei nach Auffassung der Verwaltung in den Folgejahren nur unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel möglich.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Für das Apfelblütenfest 2015 werden aus dem Budget des Integrationsrates 275 € bereitgestellt. In den nächsten Jahren werden zur Unterstützung des Apfelblütenfestes aus dem Budget des Integrationsrates bis zu maximal 300 € vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Als Zuschuss für einen Ausflug von Flüchtlingen zum Drachenfels stellt der Integrationsrat aus seinem Budget 950 € zur Verfügung.

Herr Weber regt einen Verzicht auf die Sitzungsgelder an; das eingesparte Geld solle dem Budget des Integrationsrates zugutekommen.

10. Arbeitskreise/Arbeitsgruppen im Integrationsrat - mündlicher Bericht der jeweils Verantwortlichen

Herr Basyigit und Herr Bartoszewicz berichten aus den von ihnen geleiteten Arbeitsgruppen.

11. **Verschiedenes**
hier: Stadt- und Kulturfest 2015
0134/2015

Von einigen Mitgliedern des Integrationsrates wird Interesse an einem Stand beim Stadt- und Kulturfest bekundet. Herr Basyigit ist gegen eine Beteiligung, wenn wie früher nur wenige Integrationsratsmitglieder den Stand besetzen. Außerdem gebe es nur wenig Informationsmaterial.

Herr Samirae wirbt für eine Unterstützung durch den Inklusions- und den Seniorenbeirat sowie städtische Auszubildende.

Herr Bartoszewicz spricht sich dafür aus, einen Stand einen Tag lang zu besetzen.

Frau Hänsch kann sich eine Abstimmung über das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Migranten vorstellen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei vier Enthaltungen)

Der Integrationsrat spricht sich für eine Teilnahme am Stadt- und Kulturfest aus.

12. **Anträge**

12.1. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.12.2014 zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber**
0133/2015

Frau Schöttler-Fuchs schlägt vor, dass die Verwaltung mit der Caritas Kontakt aufnimmt und Vorüberlegungen anstellt, was machbar ist. Frau Schlich sagt Gespräche mit der Caritas zu.

Es sei so einfach nicht möglich festzustellen, wie viele Flüchtlinge traumatisiert sind. Es stehen nicht genug ausgebildete Psychologen zur Verfügung.

Herr Samirae spricht sich dafür aus, zunächst Daten zu erheben und insbesondere Punkt 2 des Antrags ernsthaft zu diskutieren. Er beantragt, die drei Punkte des Antrags getrennt abzustimmen.

Nach eingehender weiterer Diskussion fasst der Integrationsrat auf Antrag von Frau Heidberg-Schwettmann folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Die Rednerliste wird geschlossen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit zwei Stimmen für Herrn Samiraes Antrag bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Samiraes auf getrennte Abstimmung der drei Punkte des Antrags der Fraktion DIE LINKE. wird abgelehnt.

und folgende

Beschlussempfehlung: (mehrheitlich mit zwei Stimmen für den Antrag der Fraktion DIE LINKE., drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber wird abgelehnt.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

13. Anfragen

Frau Casper möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, nur noch eine Aufwandsentschädigung, aber nicht mehr den (höheren) Verdienstausfall zu beanspruchen. Dies würde das Budget des Integrationsrates entlasten.

Nach Auskunft der Verwaltung handelt es sich bei derlei Beantragungen um ein individuelles Recht, auf das nur jeder Einzelne verzichten kann.

Herr Samirae stellt eine weitere Anfrage, deren Inhalt aufgrund des defekten Aufnahmeapparates nicht wiedergegeben werden kann. Die zugesagte Übermittlung des Fragetextes per Mail oder Fax ist nicht erfolgt.

Herr Bartoszewicz schließt die Sitzung um 19.37 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 13.08.2015 statt.

gez. Bartoszewicz
Erster stellvertretender
Vorsitzender

gez. Schriftführung